



grün®
Keiner wie wir.

Newsletter

18.07.2013 Ausgabe 3/13

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit unserem aktuellen Newsletter informiert Sie die Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN unter anderem über die Ratssitzung am 15.07.2013.

Sie können gern per Email mit uns Kontakt aufnehmen und uns Ihre Meinung, Anregungen oder auch Ihre Kritik mitteilen.

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung per Email an fraktion@gruene-wuppertal.de

Peter Vorsteher
Fraktionsvorsitzender

[Bitte benachrichtigen Sie uns, wenn Sie keine Infos mehr erhalten möchten.](#)



Hier sind unsere aktuellen Themen:

[Anfrage Kosten und Nutzen der Kleinen Höhe](#)

[Anfrage Fairtrade-Stadt Wuppertal](#)

[Anfrage zu Kosten des neuen Betreuungsgeldes](#)

[Es ist normal, verschieden zu sein – Wuppertal wird inklusiv](#)

[Resolution - Wuppertal bei Inklusion nicht alleine lassen](#)

[Resolution – keine Kompetenzverlagerung zum Regionalverband Ruhr zu Lasten anderer Regionen](#)

[Resolution gegen den angekündigten Aufmarsch der Neonazi-Organisation „Die Rechte“ am 21.09.13](#)

[Resolution gegen die Kündigung der Hälfte der MitarbeiterInnen bei Schaeffler](#)

[Anmeldeverfahren Schulorganisatorische Maßnahmen im Hauptschulbereich](#)

[Bebauungsplan Hindenburgstraße](#)

[Feststellungsbeschluss „Dreigrenzen“ – Ikea-Homepark](#)

[Spielflächenbedarfsplan Wuppertal 2012](#)

[Klimaschutzteilkonzept Erneuerbare Energien im Bergischen Städtedreieck](#)



Anfrage Kosten und Nutzen der Kleinen Höhe



Der regionale Grünzug Kleine Höhe musste in den letzten Jahrzehnten die unterschiedlichsten Planungen erdulden: erst sollte die landwirtschaftlich genutzte Fläche Gewerbegebiet werden, dann Wohnbaufläche, später Standort für Windkraftanlagen und jetzt wird sie sogar als möglicher Standort für eine Forensik gehandelt. In der Antwort auf eine Anfrage der GRÜNEN an den Rat erläuterte die Verwaltung, dass die Stadt Wuppertal für Ankauf und Planung seit 1982 bereits mehr als 9 Mio € für die Kleine Höhe verpulvert hat. [Hier](#) können sie die vollständige Antwort der Verwaltung lesen.

Anfrage Fairtrade-Stadt Wuppertal

Unsere GRÜNE Stadtverordnete Bettina Brücher erkundigte sich u.a. nach der Umsetzung des Tariftreue- und Vergabegesetz NRW und fragte nach konkreten Praxisbeispielen. Die Antwort der Verwaltung fiel sowohl in der schriftlichen Antwort als auch nach mündlicher Nachfrage sehr knapp aus. Lediglich die Aussage, dass zukünftig ein Verbot von Grabsteinen aus ausbeuterischer Kinderarbeit in die Friedhofssatzung aufgenommen werden soll, ist zu begrüßen. [Hier](#) können sie die Antwort der Verwaltung auf die GRÜNE Anfrage lesen.



Anfrage zu Kosten des neuen Betreuungsgeldes



Die GRÜNE Fraktion erkundigte sich im Rat nach den Kosten, die für die Stadt bei der technischen Umsetzung der sogenannten Herdprämie, des von der Bundesregierung beschlossenen Betreuungsgeldes, anfällt. Der Rat der Stadt hatte sich bereits im Juli 2012 mehrheitlich gegen das Betreuungsgeld ausgesprochen, trotzdem muss die Stadt die damit verbundenen Kosten stemmen. Das ist vor allem deshalb schade, weil wir das Geld sehr gut für den Ausbau der Unter Dreijährigen-Betreuung gebrauchen könnten, denn wir sind noch weit von der Erfüllung des Rechtsanspruches entfernt. Die Verwaltung übernimmt die Aufgabe auch für die Städte Solingen und Remscheid. Sie schätzt, dass jährlich für ca. 3.300 Kinder im Bergischen Städtedreieck Betreuungsgeld beantragt wird. Dafür muss eine zusätzliche Stelle geschaffen werden, im nächsten Jahr noch eine weitere. [Hier](#) können Sie die Antwort der Verwaltung auf unsere Anfrage lesen.

Es ist normal, verschieden zu sein – Wuppertal wird inklusiv

Schon vor mehr als 2 Jahren hat die Politik die Verwaltung beauftragt, ein Handlungskonzept Inklusion zu erstellen. Im letzten Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit war der Entwurf leider noch nicht freigegeben. Deshalb wurde auch unser GRÜNER Antrag „Es ist normal, verschieden zu sein - Wuppertal wird inklusiv“ um eine Gremienrunde vertagt. [Hier](#) können Sie ihn schon jetzt lesen.

Resolution - Wuppertal bei Inklusion nicht alleine lassen

Alle Fraktionen stellten die Resolution, die Sie [hier](#) lesen können. Für die GRÜNE Fraktion war es wichtig, bei der Umsetzung der Inklusion in Schulen nicht nur auf das Land zu schauen, sondern auch die Stadt in die Verantwortung zu nehmen. Im Vorfeld hatte OB Jung dem Land mit Klagen gedroht, wenn es anfallende Mehrkosten nicht finanziert, nun stellt sich die Stadt auch ihrer Verantwortung. Ob Mehrkosten anfallen, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abzusehen.

Resolution – keine Kompetenzverlagerung zum Regionalverband Ruhr zu Lasten anderer Regionen

Einstimmig wurde die Resolution im Rat verabschiedet. Unter den Auswirkungen des Strukturwandels leiden fast alle Regionen in NRW. Sowohl die Bergische Region als auch die im RVR zusammengeschlossenen Ruhrgebietsstädte brauchen für die Bewältigung der Wandels eine stärkere finanzielle Unterstützung durch die EU. Gegenüber einem geschlossen auftretenden Regionalverband mit mehr als 40 Städten und über 5 Mio EinwohnerInnen hätte das Bergische Land und alle anderen, sehr viel kleineren Regionen in NRW weniger Chancen, bei den EU-Fördermaßnahmen berücksichtigt zu werden.



Resolution gegen den angekündigten Aufmarsch der Neonazi-Organisation „Die Rechte“ am 21.09.13

Einen Tag vor der Bundestagswahl plant „Die Rechte“ einen Aufmarsch in Wuppertal. Der Rat der Stadt hat sich in einer von allen Fraktionen getragenen Resolution gegen die Neonazi-Demo und den damit einhergehenden menschenverachtenden Aufruf ausgesprochen und bekräftigt, dass Wuppertal tolerant und weltoffen ist. Die Fraktionen werden sich an den Protestaktionen, die geplant werden, beteiligen. [Hier](#) finden Sie die Resolution im Wortlaut.

Resolution gegen die Kündigung der Hälfte der MitarbeiterInnen bei Schaeffler

Bereits im Mai haben sich alle Fraktionen in einer gemeinsamen Resolution dafür stark gemacht, dass möglichst alle Arbeitsplätze der Firma Schaeffler in Wuppertal aufrechterhalten bleiben. Das Unternehmen will jedoch nach wie vor die Hälfte der 1.500 Beschäftigten entlassen. [Hier](#) können Sie die aktuelle Resolution lesen, die einen Runden Tisch aller Beteiligten vorschlägt und die Unternehmensleitung auffordert, ein klares Bekenntnis zum Standort Wuppertal abzugeben.

Anmeldeverfahren Schulorganisatorische Maßnahmen im Hauptschulbereich



Immer wieder greifen CDU und SPD Initiativen der GRÜNEN auf, kopieren sie und stellen einen eigenen, leicht veränderten Antrag, der dann mit ihrer Mehrheit beschlossen wird. So geschah es auch mit dem GRÜNEN Antrag Schulorganisatorische Maßnahmen im Hauptschulbereich, der eine Fortführung der Schulentwicklungsplanung für weiterführende Schulen forderte. Zu den Hintergründen lesen Sie [hier](#) unseren Antrag und [hier](#) eine Pressemitteilung dazu.

Bebauungsplan Hindenburgstraße

In der Hindenburgstraße sollen neben der Sambatrasse fünf Wohnhäuser mit 26 Wohneinheiten neu gebaut werden. In der Ratssitzung wurde der Satzungsbeschluss gegen die Stimmen der GRÜNEN gefasst. Auch die Bezirksvertretung Elberfeld-West war einstimmig gegen die Bebauung. Der GRÜNE Stadtverordnete Klaus Lüdemann begründete in seiner Rede die Ablehnung damit, dass eine grüne Oase zerstört wird, dass ein wichtiges Jugendprojekt zum Thema Naturerfahrung dann nicht fortgeführt werden kann und der gesetzlich notwendige Abstand zur Firma Bayer nicht eingehalten wird. Auch die AnwohnerInnen sind wie die GRÜNEN der Auffassung, dass die Bebauung zu massiv ist und kündigten an, gegen das Vorhaben zu klagen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



Feststellungsbeschluss „Dreigrenzen“ – Ikea-Homepark



Die Änderung des Flächennutzungsplanes ermöglicht den Bau eines Einkaufszentrum außerhalb der Innenstädte. Das Möbelhaus allein wäre für GRÜNE unproblematisch, die Gefahr sehen wir im Einkaufszentrum mit den dort angebotenen „innenstadtrelevanten“ Waren. Die umliegenden Innenstädte inklusive Barmen und Elberfeld werden das Nachsehen haben, wenn die Pläne verwirklicht werden, denn jeder Euro kann bekanntlich nur einmal ausgegeben werden. Am vergangenen Freitag wurde auf Landesebene auch beschlossen, im Höchstfall eine Bebauung von 2.500 qm zuzulassen. Die Wuppertaler Planungen gehen weit darüber hinaus, deshalb stimmten GRÜNE gegen die Vorlage, die sie [hier](#) lesen können.

Spielflächenbedarfsplan Wuppertal 2012

Die Verwaltung schlägt vor, insgesamt 42 Flächen, die als potenzielle Spielflächen im Flächennutzungsplan ausgewiesen sind, zu verkaufen und den geplanten Erlös von 2,5 Mio. Euro in den maroden Haushalt zu geben. Die GRÜNE Fraktion sprach sich vehement gegen diese Maßnahme aus, denn in Wuppertal fehlen 25 % der benötigten Spielflächen, in manchen Bezirken fehlen bis zu 50%. [Hier](#) können Sie die Vorlage der Verwaltung lesen.

Klimaschutzteilkonzept Erneuerbare Energien im Bergischen Städtedreieck

Ohne Diskussion - die hatte bereits im Ausschuss für Umwelt - stattgefunden, beschloss der Rat einstimmig die Vorlage „Erschließung des Erneuerbare Energien-Potenzials in Wuppertal – Maßnahmenprogramm 2013 - 2020“. Einen gleichlautenden Beschluss fassen auch die Räte in Remscheid und Solingen. Das Klimaschutzteilkonzept ist ein richtungsweisendes Papier, das die großen Potentiale an erneuerbaren Energien darstellt und Wege aufzeigt, wie sich unsere Region zur 100% Erneuerbaren Energieregion Bergisches Land entwickeln kann. Voraussetzung sind neben dem Ausbau der regenerativen Energien, konsequente Energieeinsparung und die Nutzung von energieeffizienter Technik, verbunden mit einer engen Zusammenarbeit der städtischen und ländlichen Kommunen im Bergischen Land. Zu kritisieren ist die äußerst mangelhafte finanzielle Ausstattung der Verwaltung in diesem Bereich. Die Umfangreichen Drucksachen finden Sie [hier](#).